



BAND 12

Die NATO in einer veränderten Welt

Daniel Hamilton Eine NATO für das 21. Jahrhundert
Sven Biscop Vom Militärbündnis zur Militärbündnispartnerschaft
Sherri Goodman und **David Catarious** Für eine Erweiterung des Horizonts der NATO: Klimawandel und Energieabhängigkeit als Bedrohungen der Sicherheit
Dimitri Trenin Die einsame Welt-

macht
Russland
Ondřej Liška Das amerikanische Raketenabwehrsystem und die NATO
Oleh Rybachuk Die Ukraine und die NATO
Bodo Weber Von der Eindämmung zur Staatenbildung: Die NATO auf dem Balkan
Fazal-ur-Rahman Der Ruf nach Zusammenarbeit: Lehren aus Afghanistan



DIE NATO IN EINER VERÄNDERTEN WELT

Die NATO in einer veränderten Welt
Band 12 der Reihe Demokratie
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
© Heinrich-Böll-Stiftung 2009
Übersetzungen: Jochen Schimmang
Titelfoto: Peter Endig/dpa
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt (nach Entwürfen von blotto Design)
Druck: agit-druck
ISBN 978-3-86928-001-1

Bestelladresse in Deutschland:
Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 12**

Die NATO in einer veränderten Welt

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

INHALT

Vorwort	7
Daniel Hamilton Eine NATO für das 21. Jahrhundert	9
Sven Biscop Vom Militärbündnis zur Militärpartnerschaft	13
Sherri Goodman und David Catarious Für eine Erweiterung des Horizonts der NATO: Klimawandel und Energieabhängigkeit als Bedrohungen der Sicherheit	16
Dimitri Trenin Die einsame Weltmacht Russland	20
Ondrěj Liška Das amerikanische Raketenabwehrsystem und die NATO	23
Oleh Rybachuk Die Ukraine und die NATO	27
Bodo Weber Von der Eindämmung zur Staatenbildung: Die NATO auf dem Balkan	29
Fazal-ur-Rahman Der Ruf nach Zusammenarbeit: Lehren aus Afghanistan	32

VORWORT

Die Welt sieht heute anders aus als vor sechzig Jahren. Damals, im Jahr 1949, wurde die geopolitische Landschaft in erster Linie durch ideologische und geographische Grenzen bestimmt. Als sich in jenem Jahr Abgesandte der USA und Vertreter europäischer Staaten und Kanadas dazu entschlossen, ein militärisches Bündnis zu gründen, geschah dies auf der Basis klarer gemeinsamer Absichten: Sie sicherten sich gegenseitige Solidarität im Falle einer sowjetischen Aggression zu. Schließlich beherrschte die Sowjetunion zu diesem Zeitpunkt bereits die Hälfte des europäischen Kontinents. Somit entstand die NATO zunächst weniger auf der Grundlage gemeinsamer Werte als vielmehr aufgrund der Anerkennung gemeinsamer Interessen.

Entgegen ursprünglich anderslautender Erwartungen, brachte das Ende des Kalten Krieges nach 1989 der NATO neue Betätigungsfelder. Sie handelte sogar aktiver als in den vorangegangenen vier Dekaden. Die NATO gewann neue Mitglieder in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und beteiligte sich an militärischen Einsätzen außerhalb ihrer Mitgliedsstaaten, zum Beispiel auf dem Balkan und in Afghanistan.

Zum 60. Jahrestag ihrer Gründung muss die Allianz grundsätzlich entscheiden, wie es weitergehen soll. Von der Bewährungsprobe in Afghanistan bis zur Frage der Erweiterung um Georgien und die Ukraine und den neuen Spannungen mit Russland: Ist die NATO ihren Herausforderungen gewachsen oder droht sie an ihnen zu zerbrechen? Ist die NATO nach der euroatlantischen Krise wegen des Irak-Kriegs wieder Motor für eine enge, transatlantische Partnerschaft?

Der russische Präsident Medwedew hat sich für eine neue Sicherheitsorganisation von Vancouver bis Wladiwostok ausgesprochen. Hat die NATO das Potenzial, sich von einem westlichen Verteidigungsbündnis zu einem umfassenden Sicherheitspakt zu entwickeln, der auch Russland mit einbezieht? Oder bleibt sie auch künftig, was sie ursprünglich war: ein Bündnis zur Eindämmung Russlands?

Innerhalb der NATO ist weitgehend unstrittig, dass den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen wie der Konfliktlösung in Afghanistan, der Gefahr eines neuen, atomaren Wettrüstens oder der Bewältigung der Folgen des Klimawandels nicht militärisch begegnet werden kann. Eine multilaterale, politische Kooperation, die Einbeziehung aufsteigender Mächte in die globale Verantwortungsgemeinschaft und die Vermeidung von Krisen müssen im Vordergrund stehen. Welchen Beitrag kann hier die NATO leisten?

Aus Anlass des Jubiläumsgipfels zum 60. Gründungstag der nordatlantischen Allianz möchte die Heinrich-Böll-Stiftung einen Beitrag zur Debatte über die Zukunft der NATO leisten, in deren Zentrum folgende Fragen stehen: Was ist das Grundverständnis der NATO? Worin sieht sie ihre zukünftige Rolle? Welche strategische Ausrichtung hat sie im 21. Jahrhundert? Zur Beantwortung dieser Fragen veranstaltet die Stiftung eine internationale Konferenz mit dem Titel «Die NATO in einer veränderten Welt: Auslaufmodell oder unverzichtbare Allianz?»; daneben gibt es eine Reihe von Veranstaltungen der Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung. Wir wollen damit

für politische Entscheidungsträger/innen, Expert/innen und die Zivilgesellschaft aus den Vereinigten Staaten und Europa ein Forum bieten, um sich über regionale und fachliche Grenzen hinweg mit der Zukunft des Militärbündnisses zu befassen.

Die vorliegende Publikation versammelt Beiträge, die im Vorfeld der Konferenz und des NATO-Gipfels in Straßburg, Kehl und Baden-Baden von Expertinnen und Experten für die Heinrich-Böll-Stiftung verfasst und auf der Website der Stiftung in einem Dossier veröffentlicht wurden. Unser Dank gilt allen Autorinnen und Autoren der Essays, die vielfältige Eindrücke und Perspektiven auf Fragen nach der Zukunft der NATO sowie alten und neuen strategischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen zusammengetragen haben. Wir danken auch Cameron Abadi für die redaktionelle Betreuung des Web-Dossiers.

Die Heinrich-Böll-Stiftung beteiligt sich auf vielfältige Weise an der Debatte um eine neue «multipolare Weltordnung» und die Koordinaten einer harmonisierten deutschen, europäischen und transatlantischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir hoffen, dass die Publikation und die Konferenz einen inspirierenden Beitrag zur Auseinandersetzung über die Zukunft der NATO leisten.

Berlin, im Februar 2009

Ralf Fücks
*Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung*

Marc Berthold
*Referent für Außen- und Sicherheitspolitik
der Heinrich-Böll-Stiftung*

DANIEL HAMILTON

Eine NATO für das 21. Jahrhundert

Wir haben die sich jetzt bietende, aber vorübergehende Chance, eine effektivere atlantische Partnerschaft zu schmieden. Wir müssen sie nutzen. Europa und Nordamerika haben es zugelassen, dass sich Misstöne in ihre Beziehungen eingeschlichen haben, während die Zeiten doch Einigkeit und Elan verlangen. Mutige Entscheidungen werden gebraucht, um der atlantischen Partnerschaft neues Leben einzuhauchen und sie so umzugestalten, dass eine ganze Reihe ernsthafter Herausforderungen sowohl vor der eigenen Haustür wie auch anderswo gemeistert werden können.

Eine neue NATO

Sechs Jahrzehnten ständigen Wandels zum Trotz, bleibt die ursprüngliche dreifache Aufgabe der NATO bestehen: die gemeinsame Verteidigung ihrer Mitglieder zu sichern, die transatlantische Bindung zu institutionalisieren und einen Sicherheitsschirm zu spannen, unter dem die europäischen Länder ihre gemeinsamen Interessen besser bündeln können als bilateral. Jedoch ist jedes dieser Elemente heute in Frage gestellt.

In den vergangenen Jahrzehnten ist die Allianz ihrer Aufgabe durch Anpassungen an die sich wandelnden Umstände gerecht geworden. Das derzeitige Strategiekonzept der NATO wurde jedoch 1999 beschlossen und ist in erschreckender Weise überholt. Es ist äußerst wichtig, einen Konsens über eine neue Langzeitstrategie zu erzielen. Wenn die NATO nicht nur größer, sondern auch besser werden soll, müssen wir ihren Rahmen und ihre strategische Grundlage so verändern, dass sie von den Parlamenten wie von der Öffentlichkeit verstanden wird. Ändern müssen wir das Wesen ihrer Möglichkeiten, die Art und Weise, wie sie Einsatzkräfte schafft und einsetzt, den Weg, wie sie Entscheidungen trifft, die Art, wie sie Geld ausgibt und mit anderen zusammenarbeitet.

Vor allem anderen braucht die NATO ein neues Gleichgewicht zwischen Einsätzen auf eigenem Territorium und draußen in der Welt. In den letzten 15 Jahren folgte die Allianz dem Leitspruch «out of area or out of business». Heute operiert die NATO außerhalb des eigenen Gebiets und ist auch «im Geschäft». Sie muß aber auch auf eigenem Territorium arbeiten, oder sie bekommt Schwierigkeiten.

Die Aufgaben zu Hause

Zu Hause muss die NATO die Abschreckungskraft und die Verteidigungsbereitschaft erhalten – und zwar zur Stärkung der gesellschaftlichen Widerstandskraft gegen

Bedrohungen des transatlantischen Gebiets. Außerdem muss das Bündnis zu einem Europa beitragen, das in Einigkeit, Freiheit und Frieden leben kann.

Die Verpflichtung der NATO zu einer gemeinsamen Verteidigung ist das Herz der Allianz. Eine NATO, die sich ständig vergrößert, ohne in der Lage zu sein, das erweiterte Gebiet des Pakts zu verteidigen, läuft Gefahr, ein inhaltsleeres Bündnis zu werden. Ein Mangel an Vertrauen in die grundlegende Verteidigungsbereitschaft der NATO könnte zudem ein zentrales Element des Bündniszwecks untergraben: nämlich die Rückkehr zu jener Nationalisierung der europäischen Verteidigung und der Sicherheitsgarantien zu verhindern, die Europa in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt hat. In Straßburg und Kehl müssen die Führer der Allianz ihre gegenseitige Verteidigungsverpflichtung neu bekräftigen und zugleich sicherstellen, dass diese Verpflichtung durch eine glaubwürdige Solidarität und durch ausreichende Mittel gedeckt ist.

Zugleich sollten die Führer der Allianz die Bedeutung ihrer Verpflichtung, «die Sicherheit des Territoriums der NATO zu garantieren», im Licht der neuen Herausforderungen überdenken, denen unsere Gesellschaften sich heute gegenübersehen. Was haben Hacker, Energiekartelle und AI Kaida miteinander gemein? Sie sind Netzwerke, die andere Netzwerke missbrauchen – die miteinander verbundenen, verletzlichen Lebensadern und Schnittstellen, die die freie Mobilität von Menschen und den Austausch von Ideen, Energie, Geld, Waren und Dienstleistungen bedingen, und das komplexe System gegenseitiger Abhängigkeit, auf das freie Gesellschaften sich stützen. Unsere totale Abhängigkeit von diesen Netzwerken, zusammen mit ihrer Anfälligkeit für Störmanöver von katastrophalem Ausmaß, machen sie zu so verlockenden Zielscheiben. Im 21. Jahrhundert müssen wir nicht nur unser Territorium verteidigen, sondern auch das System unserer Verbindungen. Die NATO muss eine unterstützende Funktion im Rahmen einer sehr viel breiter angelegten Strategie transatlantischer Widerstandsfähigkeit haben, die über die Sicherheit des eigenen Territoriums hinausgeht. Unser oberstes Ziel sollte ein abwehrfähiges transatlantisches Territorium der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit sein, das das richtige Gleichgewicht zwischen Mobilität und bürgerlichen Freiheiten auf der einen und gesellschaftlicher Sicherheit auf der anderen Seite findet. Bilaterale Anstrengungen und die Zusammenarbeit von USA und EU stehen an erster Stelle. Aber die NATO muss ebenfalls eine Funktion übernehmen.

Die dritte Aufgabe der NATO auf eigenem Territorium besteht darin, einen Beitrag zu den übergreifenden transatlantischen Bemühungen um die Konsolidierung des demokratischen Wandels in einem Europa zu leisten, das noch nicht ganz einig, frei und befriedet ist. Heute stellt sich die Lage anders dar als unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges oder zu der Zeit, als neue Mitglieder in die NATO aufgenommen wurden. Dennoch sollten die Bündnispartner darauf bedacht sein, die Tür nicht vor den Völkern eines größeren Europas zuzuschlagen, und zugleich daran arbeiten, Bedingungen zu schaffen, unter denen die heute strittigen und schwierigen Fragen der Integration zukünftig vielversprechender angegangen werden können.

Die Aufgaben in der Welt

Die Bedrohungen der Bündnissicherheit haben ihren Ursprung nicht unbedingt auf dem Territorium, das durch den Nordatlantikpakt abgedeckt ist. Viele sind nichtmi-

litärischer und asymmetrischer Natur. Dennoch können sie eine direkte Gefahr für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Gesellschaften darstellen. Diese Bedrohungslage bedeutet, dass die NATO drei Hauptaufgaben in der Welt hat: Krisenprävention und Krisenintervention, wobei humanitäre und Katastrophenhilfe eingeschlossen ist; Durchführung von Stabilisierungs- und Wiederaufbauoperationen; Verbesserung der eigenen Fähigkeiten, effektiv mit Partnern zusammenzuarbeiten, seien dies Staaten, internationale Regierungsorganisationen oder Nichtregierungsorganisationen.

Diese Aufgaben zeigen, wie wichtig es ist, einen «umfassenden Ansatz» zu entwickeln – nämlich den koordinierten Einsatz militärischer und ziviler Kräfte auf der ganzen Bandbreite der vorhandenen Institutionen. Die Unterstützung der NATO für die Afrikanische Union in Darfur oder die Zusammenarbeit von EU und NATO auf dem Balkan könnten als Beispiele für das globale Engagement dienen, auf das sich die Allianz besser einstellen muss.

Von der kollektiven Verteidigung zur kollektiven Sicherheit

Das heutige strategische Umfeld ist komplex und unberechenbar. Nordamerika und Europa sehen sich noch immer der Gefahr des Terrorismus ausgesetzt und müssen sich mit möglichen Konflikten zwischen wichtigen Staaten auseinandersetzen. Unsere unmittelbare Aufmerksamkeit wird jedoch durch ungewöhnliche Herausforderungen beansprucht – die Wirtschaftskrise, Bedrohung durch Netzwerke, regionale Konflikte mit globaler Bedeutung, Umweltzerstörung, Klimawandel und Ressourcenknappheit, schließlich ein Europa, das bisher weder einig und frei ist noch im Frieden mit sich selbst lebt.

Diese Herausforderungen zwingen uns, unsere gegenseitige Verpflichtung von der kollektiven Verteidigung auf die kollektive Sicherheit auszudehnen, unsere Schlüsselinstitutionen und -mechanismen neu zu organisieren und mit unseren Partnern besser zusammenzuarbeiten. Auf dieser Agenda ist die NATO unabdingbar, jedoch nicht ausreichend. Wir brauchen daher eine Wiederbelebung der Zusammenarbeit von USA und EU, einen neuen Abschnitt gegenseitiger Unterstützung. Die UN, die OSZE, internationale Finanzinstitutionen und andere Mechanismen müssen neue Partnerschaften schaffen.

Institutionen können jedoch Entschlossenheit und politischen Willen nicht ersetzen. Die Visionen einer effektiveren Partnerschaft werden rein theoretisch bleiben, wenn die Bündnispartner es nicht schaffen, den Terrorismus und die Unruhen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zu bekämpfen. Die Bedrohungen aus dieser Region stellen derzeit die akuteste Bedrohung der europäischen und nordamerikanischen Sicherheit dar. Afghanistan ist für das Bündnis zur Feuerprobe geworden. Die Glaubwürdigkeit der NATO steht auf dem Spiel.

Ein abwehrbereites Bündnis

Um in dieser neuen Weltlage zu bestehen, müssen Europäer und Amerikaner ihre Partnerschaft eher in Begriffen gemeinsamer Sicherheit als in solchen gemeinsamer Verteidigung definieren, sowohl auf eigenem Gebiet wie auswärts. Das wird das Bündnis zur Flexibilität zwingen. Je nach der jeweiligen Situation könnte die

NATO dazu aufgefordert sein, eine Führungsrolle zu übernehmen, unterstützend zu wirken oder sich einfach nur in einen größeren Zusammenhang einzugliedern. Doch die NATO allein, so kampfstark sie auch sein mag, kann nicht die ganze Bandbreite der anstehenden Aufgaben angehen. Sie muss sich in die Lage versetzen, besser mit anderen zusammenzuarbeiten. Und wenn die NATO sich sowohl erweitert wie auch mit anderen verbindet, müssen ihre Mitgliedsstaaten die traditionelle, statische Territorialverteidigung um dynamische gesellschaftliche Widerstandskraft ergänzen und – eine besondere Herausforderung für Deutschland – Entsendekapazitäten entwickeln, die für die effiziente Arbeit unseres Bündnisses notwendig sind.

Daniel Hamilton ist *Richard von Weizsäcker*-Professor und Direktor des Center for Transatlantic Relations (CTR) an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies der Johns Hopkins University.

Vom Militärbündnis zur Militärpartnerschaft

Die Hauptaufgabe des NATO-Gipfels im April 2009 zum sechzigsten Geburtstag der Allianz wird die Entwicklung eines neuen strategischen Konzepts sein. Das ist ein Auftrag, der zweifellos eine intensive und nicht einfache Debatte über die Zukunft des Bündnisses auslösen wird.

Für diese Debatte ist es wesentlich zu begreifen, dass sich der Kontext, in dem die NATO heute arbeitet, grundlegend verändert hat und dass dementsprechend einige ebenso grundlegende Veränderungen in der Gestaltung der transatlantischen Beziehungen erforderlich sind.

Schon seit einiger Zeit hat sich das Zentrum der politischen Schwerpunktbildung von der NATO zur Europäischen Union (EU) und zu den Vereinigten Staaten (USA) verschoben. Die NATO ist nicht länger *das* Forum für die Debatte zwischen Europa und Nordamerika. Bei vielen Fragen – das Galileo-Programm oder die Atomverhandlungen mit dem Iran zum Beispiel – hat man den direkten Dialog zwischen der EU («Brüssel») und Washington vorgezogen.

Außerdem haben viele der Fragen, die heute am dringlichsten sind, nur indirekt mit den Feldern Sicherheit und Verteidigung zu tun. Nicht allein, dass die NATO wenig oder gar keinen Sachverstand in Bezug auf die Finanzkrise, den Klimawandel, die Energieversorgung etc. hat – es hieße auch ein sehr seltsames Zeichen setzen, wollten wir ein militärisches Bündnis damit beauftragen, diese Fragen anzugehen. Mehr noch, selbst in Hinsicht auf Fragen der Sicherheit und Verteidigung ist eine umfassende, ganzheitlich ausgerichtete Herangehensweise gefragt, die auch die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte der Außenpolitik berücksichtigt. Und was manche Probleme betrifft – vor allen anderen die Beziehungen zu Russland –, so ist die NATO eher Teil des Problems als der Lösung.

Tatsächlich hat sich die NATO zu einem «Zweisäulensystem» entwickelt, in dem die EU und die USA parallel zu den einzelnen nationalen Regierungen die vorrangige Entscheidungsebene darstellen. Die EU und die USA sind in der Lage, eine übergreifend ausgerichtete Außenpolitik zu betreiben und ihre Aktivitäten bei Hilfsaktionen und im Handel, der Förderung von Demokratie und Menschenrechten sowie in der Diplomatie und in der Verteidigungspolitik zu koordinieren. Und im Gegensatz zur NATO ist die EU wesentlich mehr als eine bloße zwischenstaatliche Organisation.

Wichtig ist allerdings, dass zugleich eine strategische Divergenz zwischen der EU und den USA aufgetreten ist, die sich am deutlichsten in den jeweiligen Strategien ausdrückt. Wo die nationale Sicherheitsstrategie der USA besonders betont, dass die Welt ein sehr gefährlicher Ort sei, legt die europäische Sicherheitsstrategie besonderes Gewicht auf die *Komplexität* der Welt. Dieser Unterschied wird nicht

verschwinden, wenn ein neuer Präsident ins Weiße Haus einzieht, denn er resultiert nicht aus Veränderungen in der amerikanischen, sondern in der europäischen Politik – die EU ist sich immer deutlicher der eigenen Interessen und Prioritäten bewusst geworden.

Diese zweiseitige Entwicklung – engere Zusammenarbeit zwischen USA und EU einerseits, wachsende Divergenz in ihren strategischen Ansichten andererseits – sollte sich in der Organisation der transatlantischen Beziehungen widerspiegeln:

- (1) Die Partnerschaft zwischen EU und USA muss vertieft und umfassender und funktionstüchtiger gestaltet werden. In einer multipolaren Welt muss die EU den nötigen Spielraum haben, allen weltweiten Akteuren gegenüber eine flexible Politik zu betreiben, doch Amerika wird unzweifelhaft der engste Verbündete Europas bleiben. Diese politische Partnerschaft sollte entschieden mehr sein als bloße «Gipfelkonferenzpolitik». Unter Umständen müssen neue Foren und Institutionen geschaffen werden, in denen diese Partnerschaft gepflegt werden kann. Ganz sicher muss der europäische Dialog mit den USA von der EU aus kollektiv geführt werden. Unter den Voraussetzungen einer solchen Partnerschaft wäre die NATO mehr als eine technische und exekutive Körperschaft. Ganz sicher würden EU und USA bei einer gemeinsamen Militärpolitik sich der NATO zur Verfolgung ihrer Ziele bedienen.
- (2) Das neue strategische Konzept der NATO sollte an der Schnittstelle zwischen der europäischen Sicherheitsstrategie und der nationalen amerikanischen Sicherheitsstrategie angesiedelt sein. Die primäre Entscheidungsebene auch für Sicherheit und Verteidigung liegt mehr und mehr bei den beiden «Säulen» EU und USA. Während früher von einer EU-Säule *innerhalb* der NATO gesprochen wurde, sind beide Säulen heute faktisch die dominierenden Akteure. Aus europäischer Perspektive ist die EU der Platz, an dem die Entscheidungen über ein Eingreifen oder Nichteingreifen bei einer Krise getroffen werden. Entscheidet man sich für Militäraktionen, geht es anschließend darum, den operationellen Rahmen dafür zu wählen: die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die NATO, die UN oder die OSZE. Das wird immer eine Ad-hoc-Entscheidung sein und davon abhängen, welche Partner sich beteiligen wollen und welche Organisation für die jeweilige Krise am geeignetsten erscheint. Die Wirklichkeit ist zu komplex, um von vornherein eine starre Arbeitsteilung festzulegen.
- (3) Deshalb müssen auf der Ebene der EU im Kontext der ESVP die europäischen militärischen Kapazitäten durch unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit und Bündelung weiterentwickelt werden. Das würde die Autonomie der ESVP garantieren und zugleich gewährleisten, dass die integrierten europäischen Kräfte für NATO-Operationen eingesetzt werden können, falls diese als Rahmen für eine bestimmte Mission gewählt wurde. Die EU und die NATO können außerdem eine Vereinbarung über den gemeinsamen Einsatz der zivilen Einheiten der EU treffen. Die EU sollte in vollem Umfang in die Entwicklung von Szenarios einbezogen werden, bei denen die NATO eine Militäroperation und die EU einen parallelen zivilen Einsatz durchführt.

Es ist jetzt an den Europäern, die Initiative zu ergreifen. Wird die EU dazu in der Lage sein? De facto findet eine Entwicklung zu einer «Zweisäulen-NATO» statt, aber damit

dieses Modell effektiv funktionieren und eine wirkliche Partnerschaft unter Gleichen sich entwickeln kann, muss Europa mit einer Stimme sprechen und als eine Einheit handeln.

Prof. Dr. Sven Biscop ist Leiter des Security & Global Government Programme in Egmont (Belgien) am Royal Institute for International Relations (Brüssel) und Gastprofessor am College of Europe in Brügge und an der Universität Gent.

Für eine Erweiterung des Horizonts der NATO: Klimawandel und Energieabhängigkeit als Bedrohungen der Sicherheit

Auch in den nächsten Jahren wird die NATO wie immer auf internationale Krisen reagieren. Die NATO-Strategie sollte darüber hinaus jedoch zwei bedeutende und miteinander verbundene Bedrohungen in ihre Überlegungen einbeziehen, die derzeit nicht nur die Lage einzelner Länder, sondern des ganzen Planeten verändern: den weltweiten Klimawandel und die Frage der Energiesicherheit.

Klimawandel als «Bedrohungsmultiplikator»

Die Auswirkungen des Klimawandels gefährden ernsthaft die Stabilität zahlreicher Regionen in der ganzen Welt. Das ist das Ergebnis, zu dem «National Security and the Threat of Climate Change» kommt, ein Report des Center for Naval Analysis (CNA) aus dem Jahr 2007, verfasst von einem Military Advisory Board (MAB), der aus elf der anerkanntesten Drei- und Viersterneadmiräle und -generäle der USA bestand.

Der MAB stellte fest, dass der Klimawandel in einigen der labilsten Regionen der Welt als «Bedrohungsmultiplikator» wirken kann, indem er wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Instabilität verursacht – das heißt, jene Arten von Bedrohungen, die schon von der derzeitigen strategischen Doktrin der NATO erkannt worden sind.

Wie der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hervorragend dokumentiert hat, betrifft die Mehrzahl der direkten Auswirkungen des Klimawandels die Umwelt: steigende Meeresspiegel, zunehmende Häufigkeit und Heftigkeit von Dürreperioden, Hitzewellen und Überschwemmungen, schmelzende Gletscher, austrocknender und unfruchtbarer Boden, wegrutschende und verschüttete Wohnsiedlungen und Ausbruch von Seuchen, zunehmende Stärke von Hurrikans und anderen Stürmen.

Diese Umweltbedingungen werden ihrerseits Auswirkungen auf die Bevölkerungen haben, indem sie die Wasserversorgung gefährden, die langfristige landwirtschaftliche Produktivität einschränken, die Gesundheit der Menschen angreifen und die Bevölkerung zur Umsiedlung zwingen. Wenn einzelne Staaten und ganze Regionen außerdem zu begreifen beginnen, dass sie nicht in der Lage sind, mit den Folgen des Klimawandels angemessen fertig zu werden, wird sich zusätzlich ein

Ressentiment gegenüber der entwickelten Welt aufbauen, weil sie für die Folgen, die diese Regionen zu tragen haben, verantwortlich gemacht wird.

Die Destabilisierung der Welt

Der Klimawandel wird die bereits spärlichen Lebensstandards, die Armut und den Mangel an staatlicher Legitimität in vielen Ländern Asiens, Afrikas und des Mittleren Ostens verschärfen, wo weit verbreitete politische Instabilität und gescheiterte Staaten bereits jetzt Bedrohungen der internationalen Sicherheit darstellen. In Asien hängt die Trinkwasserversorgung hunderter Millionen Menschen von Gletschern ab, die schon Mitte des Jahrhunderts vielleicht nicht mehr existieren werden. In Afrika zerstört die zunehmende Ausbreitung der Wüste schon jetzt Land, das für Feldfrüchte und Tiere wichtig wäre; oft wird auf den Klimawandel als eine Ursache des Völkermords in Darfur hingewiesen. Im Mittleren Osten wird Wasser immer kostbarer werden, wenn ansteigende Meere sich in wertvolle Grundwasserreservoirs ergießen.

In schwachen und gescheiterten Staaten mit ohnehin schon großen Problemen werden solche Bedingungen immer größere gesellschaftliche Unruhen und einen wachsenden Hang zum Autoritarismus und zu radikalen Ideologien hervorrufen. Als Resultat dieser Entwicklung wird sich die internationale Gemeinschaft stärker in humanitären Unterstützungsaktionen und in der Katastrophenhilfe engagieren müssen.

Das vielleicht gefährlichste und destabilisierendste Ergebnis des Klimawandels wird die massenhafte Völkerwanderung in den Ländern sein, die mit der Krise nicht fertig werden können. Migration innerhalb von Ländern und Regionen und über Ländergrenzen hinaus rufen innere Unordnung, Armut und Entrechtung hervor und erschweren und gefährden ein effektives Regieren. Viele Mitgliedsstaaten der NATO bekommen bereits den Druck der Migration zu spüren, die durch die wirtschaftliche Ungleichheit angeheizt wird; der Klimawandel wird diesen Druck nur verstärken. Bei einer immer noch wachsenden Weltbevölkerung – allein in den letzten zwölf Jahren ein Zuwachs von einer Milliarde Menschen – wird der durch Migrationsbewegungen erzeugte Druck in den kommenden Jahrzehnten erhebliche Probleme schaffen.

Das Schmelzen der arktischen Eisschicht könnte der erste Test für die Auswirkungen des Klimawandels auf einige NATO-Mitglieder werden, darunter die USA, Kanada, Norwegen, Island und Dänemark. Wenn die Eisschicht im Arktischen Ozean schmilzt, werden sich diese Länder und Russland um die Ansprüche auf die Ressourcen und wertvollen Rohstoffe streiten, an die heranzukommen bisher zu schwierig war. Im August 2007 haben die Russen versucht, ihr Gebiet abzustecken, indem sie in 4000 Meter Tiefe unter dem Nordpol ihre Flagge einpflanzten. Wenn das Eis weiterhin immer dünner wird und schmilzt und die Nordwestpassage mehr und mehr zu einer gangbaren Route wird, dann werden die rechtlichen Auseinandersetzungen und der Wettbewerb um die Ressourcen heftiger.

Der Generalsekretär der NATO, de Hoop Scheffer, hat die Probleme, die in der Arktis entstehen, bereits erkannt. Im Januar 2009 erklärte er: «Obwohl die langfristigen Implikationen des Klimawandels und des Rückgangs der Eisschicht in der Arktis noch unklar sind, so ist doch sehr klar, dass der Hohe Norden in den nächsten Jahren deutlich mehr Aufmerksamkeit seitens des Bündnisses beanspruchen wird.

Hier im Hohen Norden ist der Klimawandel nicht irgendein nebulöser Gedanke – er ist bereits eine Realität.»

Die Suche nach Energie

Der Kampf um die Bewältigung der Folgen des Klimawandels findet zur selben Zeit statt, in der die Welt sich gezwungen sieht, die Art und Weise ihres Energieverbrauchs fundamental zu verändern. Das Zeitalter billiger fossiler Energien wird in den nächsten paar Jahrzehnten endgültig zu Ende sein, ganz gewiss, bevor die Welt sich darauf eingerichtet hat. Um das Ausmaß des Fortschritts zu sichern, wie wir es im 20. Jahrhundert gewohnt waren, müssen neue und sichere Energiequellen erschlossen und entwickelt werden, die nachhaltig, zugänglich und bezahlbar sind. Während es unzählige Gründe für die Abkehr von den fossilen Energien gibt (der Klimawandel eingeschlossen), sieht die Realität so aus, dass wir bald keine andere Wahl mehr haben, als unsere Energieversorgung zu diversifizieren. Es wird nämlich einfach nicht mehr genug Öl gefördert werden, um all die Fässer zu füllen, nach denen es die Welt dürstet.

Bevor nicht nachhaltige und sichere Energiequellen erschlossen worden sind, werden die Mitglieder des NATO-Bündnisses – wie der Rest der Welt auch – von der staatlich kontrollierten Versorgung durch die öl- und gasreichen Länder abhängig und dadurch angreifbar sein. Die Abhängigkeit der NATO von diesen Staaten macht die Außenbeziehungen komplizierter und zwingt zu undankbaren Kompromissen in Fragen wie Menschenrechten und Förderung der Demokratie. Diese Abhängigkeit macht auch extrem angreifbar durch Lieferunterbrechungen – eine Angreifbarkeit, die in den letzten Jahren diversen terroristischen und kriminellen Organisationen keineswegs entgangen ist.

Zusätzlich zu der Verwundbarkeit durch Versorgungsabhängigkeit und Lieferunterbrechungen, die mit der schwierigen Versorgungslage verbunden ist, werden zahlreiche Regionen der Erde, die Öl und Gas liefern, durch den Klimawandel erheblich betroffen sein. Viele Regionen des Mittleren Ostens leiden schon jetzt unter ernsthaftem Wassermangel, der nur noch schlimmer werden wird, wenn die Temperaturen steigen, die Ausbreitung der Wüste fortschreitet und Trinkwasserreservoirs durch steigende Meere versalzen werden. Das öltreiche Nigerdelta mit einer Bevölkerung von 20 Millionen ist für steigende Meere und extreme Witterungsverhältnisse und -katastrophen besonders anfällig, was die wachsende Unruhe in der Bevölkerung noch mehr ansteigen lässt. Die Hurrikans Katrina und Rita im Jahr 2005 haben zum Beispiel auch gezeigt, wie anfällig die Ölinfrastruktur im Golf von Mexiko für Hurrikans von zunehmender Stärke ist.

Ein wichtiges Jahr

Nimmt man die Bedrohungen und Anfälligkeiten ernst, die sich aus dem Klimawandel und den Fragen der Energiesicherheit ergeben, dann sollte die NATO ab sofort eine führende Rolle bei der Bewältigung dieser Probleme spielen. Das wird zur Verbesserung der internationalen Stabilität beitragen und könnte die Notwendigkeit für künftige Militärmissionen der NATO reduzieren. Die NATO kann sich seit dem jüngsten amerikanischen Regierungswechsel auf die Vereinigten Staaten als aktiven

Partner stützen, der bei diesen Bemühungen eine wichtige Führungsrolle spielen wird. Im Dezember 2008 hat der gewählte Präsident Obama seine Position zum Klimawandel deutlich gemacht, als er konstatierte: «Dies ist eine dringliche Angelegenheit, die die nationale Sicherheit betrifft und sehr ernsthaft angegangen werden muss. Ich werde dafür sorgen, dass meine Regierung das tut.»

Im Hinblick auf die Minderung der schlimmsten Folgen des Klimawandels wird 2009 ein wichtiges Jahr werden: Im Dezember werden die Regierungen der Welt in Kopenhagen zusammentreffen, um die nächste internationale Vereinbarung zu den Treibhausgasemissionen auszuhandeln. Die NATO-Mitgliedsstaaten könnten als machtvoller Block zu einer wirklich sinnvollen Vereinbarung in Kopenhagen beitragen, wenn sie das ganze Jahr über immer wieder öffentlich auf die Bedrohungen hinweisen, die sich aus dem Klimawandel ergeben.

Außerdem sollten die militärischen Umstrukturierungsbemühungen der NATO die Anwendung von Technologien und Strategien mit einschließen, die die Energiesicherheit verbessern, den Klimawandel reduzieren und die Fähigkeit der Entwicklungsländer, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, steigern können. Durch gezielten Einsatz erneuerbarer, effizienter Technologien mit geringem Kohlendioxid ausstoß werden die NATO-Länder nicht nur zur Entschärfung künftiger Bedrohungen beitragen, sondern auch die Effektivität ihrer eigenen Einsätze steigern. In Afghanistan haben diese Technologien – darunter Generatoren zur Elektrizitätserzeugung aus Abfällen und schaumisierte Zelte zum Einsatz in der Wüste – ihren operativen Wert schon erwiesen. Es würde die Entschlossenheit der NATO-Mitglieder signalisieren, künftige Sicherheitsrisiken durch Klimawandel und Energieprobleme zu verhindern, wenn man solche Handlungsempfehlungen in die künftige langfristige Strategieplanung aufnähme.

Auch wenn die Bedrohungen des Jahres 2009 sich von denen des Jahres 1949 erheblich unterscheiden, kann die NATO bei der Gewährleistung der Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten noch immer eine führende Rolle spielen. Es wäre einfach nur klug seitens der Mitgliedsstaaten und ihrer Militärstrategen, sich auf den fortschreitenden Klimawandel und die schwindenden Energieressourcen einzustellen. Als das bedeutendste Militärbündnis der Welt kann und muss die NATO nicht nur bei der Bewältigung dieser Krisen, sondern bei ihrer entschlossenen Bekämpfung eine Führungsrolle übernehmen.

Sherri Goodman ist General Counsel und Corporate Secretary des CNA (Center for Naval Analysis) und Geschäftsführerin des Military Advisory Board für das CNA-Projekt National Security and the Threat of Climate Change.

David Catarious ist Problemanalytiker und Projektleiter beim CNA; er war Koautor des CNA-Reports *National Security and the Threat of Climate Change*.

Die einsame Weltmacht Russland

Die gegenwärtige russische Führung betrachtet ihr Land als unabhängiges Machtzentrum inmitten einer multipolaren Welt. Die Integration in den Westen, die Boris Jelzin während der 1990er Jahre vorangetrieben hatte, hat Moskau endgültig aufgegeben. Auch die frühen Versuche Wladimir Putins, sich dem Westen anzunähern – den Vereinigten Staaten mittels einer De-facto-Allianz nach den Terroranschlägen vom 11. September, Europa mittels einer gegenseitigen Verständigung, die durch kräftige Kapitalströme unterstützt werden sollte – sind gescheitert.

Weil Russland sich dem Westen nicht zu dessen Bedingungen anschließen wollte und weil es nicht in der Lage war, dem Westen die russischen Bedingungen zu diktieren, hat es sich für eine Position entschieden, die es eigentlich schon immer innehatte: Es will einen Block postsowjetischer Staaten unter der Führung des Kremls schaffen.

Im Streben nach Macht und Anerkennung sieht Moskau überall Rivalen, doch Hauptkonkurrent bleiben die Vereinigten Staaten. In seiner Münchner Rede 2007 nannte Putin die Bedingungen für einen Dialog zwischen Russland und den USA: Er verlangte, Washington solle Russland akzeptieren, wie es ist, es als gleichberechtigten Partner behandeln und Geschäfte nur auf der Grundlage gemeinsamer Interessen machen.

Aus Sicht des Kremls wurden diese Forderungen weitgehend ignoriert. Die USA warben für einen Membership Action Plan für Georgien und die Ukraine, der langfristig zu ihrer NATO-Mitgliedschaft führen sollte. Sie rüsteten Tiflis auf, konnten den georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili dann aber nicht unter Kontrolle halten und vereinbarten mit Polen und Tschechien die Stationierung eines Raketenabwehrsystems.

Für den Kreml bedeutet die amerikanische Politik gegenüber Georgien und der Ukraine vor allem, Russlands Streben nach einer selbständigen Position in der Welt zu untergraben. Den Vorschlag einer NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine deutet Moskau als feindselige Zurückweisung eigener Ambitionen. Den georgischen Militäreinsatz gegen die Bewohner Südossetiens und gegen die russischen Friedenstruppen betrachtete man als Versuch der USA, das Führungsvermögen von Putin und Medwedjew zu erproben. Als der Westen während des Georgienkrieges darüber nachdachte, wo Russland wohl als Nächstes zuschlagen würde, fürchtete die russische Regierung, von den USA in einen weiteren Stellvertreterkonflikt hineingezogen zu werden.

Moskau weiß, dass es nur auf sich selbst zählen kann. Der Umstand, dass kein einziger der russischen Alliierten in der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und nicht einmal Weißrussland die russische Anerkennung Abchasiens und Südossetiens unterstützten, lastet sehr auf den Gemütern im Kreml. Dass auch China sich zurückhielt, machte die Belastung nur größer. Die Maxime

Alexanders III., dass «Russland nur zwei wahre Freunde in der Welt hat: seine Armee und seine Flotte», scheint mehr als ein Jahrhundert später nachdrücklich bestätigt. Russland ist heute kein Machtzentrum, es ist eine einsame Macht.

Kein Wunder, dass Russland immer stärker auf nukleare Abschreckung setzte, als sich die Beziehungen zu den USA verschlechterten. Russlands konventionelle Streitkräfte, seit sowjetischen Zeiten extrem vernachlässigt, sind derzeit allenfalls in der Lage, mit Aufständen wie in Tschetschenien und mit Kleinkonflikten wie in Südossetien umzugehen. Nach einer langen Pause hat die Luftwaffe immerhin wieder begonnen, über dem Atlantik und dem Pazifik zu patrouillieren. Und die Marine peilt eine ständige Präsenz im Mittelmeer und im Indischen Ozean an. Aber beide Vorhaben sind ein Schatten früherer sowjetischer Ambitionen.

Zur Aufrüstung seiner Armee stellte Russland unlängst fast 100 Milliarden Dollar bereit – das größte Rüstungspaket der vergangenen 20 Jahre. Auch ein Plan zur Armeereform wurde im vergangenen Jahr gebilligt. Es werden allerdings Jahre vergehen, ehe die Ergebnisse dieser Bemühungen spürbar werden.

Die russische Sicherheitsstrategie ist komplex. Auf der einen Ebene versucht Moskau, Washington von «unfreundlichen Aktionen» abzuhalten, indem es auf den hohen Preis hinweist, den eine Auseinandersetzung mit Russland hätte. Von Barack Obama verspricht sich der Kreml eine Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen. Zudem wird Moskau auszuloten versuchen, ob sich in den für Russland drängendsten Fragen ein Ausgleich erreichen lässt: die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO, die Aufrüstung Georgiens durch den Westen und das Raketenabwehrsystem in Europa. Im Gegenzug könnte Russland dem Westen eine engere Zusammenarbeit im Umgang mit Afghanistan und Iran anbieten.

Auf einer anderen Ebene baut Russland auf sein Verhältnis zu den großen europäischen Ländern, vor allem Deutschland und Frankreich, um einem Beitritt der Ukraine und Georgiens in die NATO zu verhindern. In einem Europa, das von dem Duo Nato/EU dominiert wird, fühlt sich Russland ins Abseits geschoben. Seit seinem Amtsantritt 2008 setzt sich Präsident Medwedjew daher für die Idee eines Sicherheitsdialogs in Europa ein, der idealerweise zu einer neuen transatlantischen Sicherheitsarchitektur führen soll, die um drei Pole herum gebaut wäre: die Vereinigten Staaten, Europa und Russland.

Auf einer dritten Ebene arbeitet Russland schließlich daran, den Zusammenhalt und die Effektivität der OVKS zu stärken – einerseits mit Blick auf den beginnenden Sicherheitsdialog mit dem Westen, andererseits mit Rücksicht auf die Herausforderungen einer wachsenden islamistischen Militanz, vornehmlich in Zentralasien. Auf ähnliche Weise kooperiert Moskau bereits mit Peking im Rahmen der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit. Ziel ist es, das eigene Gewicht gegenüber dem Westen zu erhöhen und dabei das Gleichgewicht im Zentrum des asiatischen Kontinents aufrechtzuerhalten.

Der fundamentale Fehler der bisherigen russischen Sicherheitspolitik besteht in ihrer Fixierung auf die USA. Amerika als Hauptfeind – diese Perspektive verwirrt Moskaus strategische Weltanschauung. Sie führt dazu, dass Ressourcen verschwendet werden, und sie produziert Enttäuschung über das immense Ungleichgewicht zwischen den ehemaligen Rivalen des Kalten Krieges. Letztlich wird sich die russische Führung mit Schadenfreude begnügen müssen und jedes Mal jubeln, wenn Amerika Rückschläge einsteckt. Das ist erbärmlich für Russland.

Man kann nicht erwarten, dass sich dies von heute auf morgen ändern könnte. Man muss mit dieser Situation so gut wie möglich umgehen: einen neuen Vertrag zur Reduktion strategischer Waffen aushandeln; sich über das Raketenabwehrsystem verständigen; der Ukraine eine langfristige europäische Perspektive bieten, ihr aber einen NATO-Beitritt verwehren (den die Mehrheit der Ukrainer ablehnt); Rahmenbedingungen für eine multilaterale Konfliktlösung im Kaukasus schaffen; eine Formel für die transatlantische Sicherheit finden, die Russland sowie die Ukraine, Georgien und die Mitglieder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten einschließt; und man muss die Sicherheitsprobleme in Afghanistan und im Iran in einer russisch-westlichen Zusammenarbeit angehen.

Dimitri Trenin ist Direktor des Carnegie Center in Moskau.

Der Originalbeitrag ist in der *Security Times* erschienen, einer Sonderbeilage der *Atlantic Times* zur Münchner Sicherheitskonferenz 2009.

Das amerikanische Raketenabwehrsystem und die NATO

Das nationale amerikanische Raketenabwehrsystem sieht eine europäische (oder «dritte») Säule vor, die die Aufgabe haben soll, die Vereinigten Staaten von Amerika (und indirekt auch ihre Verbündeten) vor einem möglichen Raketenangriff zu schützen. Das amerikanische Raketenabwehrsystem ist seit den 1950er Jahren in den verschiedensten Varianten entwickelt worden, aber erst die Regierung des republikanischen Präsidenten George W. Bush hat es ausgebaut. Im Jahr 2001 haben die USA die Geldmittel für die Raketenabwehr aufgestockt und sich aus dem sowjetisch-amerikanischen ABM-Vertrag von 1972 zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen zurückgezogen.

Im Jahr 2002 haben die USA bilaterale Verhandlungen mit der tschechischen (damals sozialdemokratischen) Regierung über die eventuelle Installierung einer US-Radarstation in der Tschechischen Republik aufgenommen. Gleichzeitig begannen die USA auch Verhandlungen mit Polen, um dort einen Teil ihres Raketenabwehrsystems zu positionieren. Erwähnen sollte man ebenfalls, dass ursprünglich auch Ungarn als möglicher Standort für einen Teil des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Betracht gezogen wurde. Diese Streuung amerikanischer Militärbasen über die Länder des ehemaligen Warschauer Pakts (statt einer Konzentration dieser Elemente in einem einzigen Land, das vielleicht schon eine US-Militärbasis beherbergt) deutet darauf hin, dass in den Entscheidungen der amerikanischen Regierung möglicherweise ein geopolitischer Faktor eine Rolle spielte.

Die Debatte in der Tschechischen Republik

Die öffentliche Diskussion über die amerikanische Raketenabwehr und die Radarstation zeichnet sich vor allem durch eine hohe Emotionalität aus, die Gegner wie Befürworter zum Nachteil einer tatsachenorientierten oder pragmatischen Diskussion erheblich polarisiert hat. Extremere Antiamerikanismus kollidierte mit einer tief sitzenden Russophobie, während ein naiver Pazifismus gegen einen messianischen Glauben in die Politik der Stärke stand. Die Argumente für oder gegen die Radarstation nehmen zu oft Bezug auf die Vergangenheit und machen dabei von jedem erdenklichen Trauma der tschechischen Geschichte Gebrauch, anstatt in verantwortlicher Weise die Gegenwart und die Zukunft zu analysieren.

Tatsächlich ist in Tschechien ebenso wie in Polen Russland zum Gegenstand der Debatte geworden, nicht die angebliche Bedrohung des amerikanischen Systems

durch die sogenannten «Schurkenstaaten», wie die offizielle Begründung hieß. Die Befürworter der Radarbasis sehen eine mögliche amerikanische Präsenz auf tschechischem Territorium als wertvolle Sicherheitsgarantie und als Gipfelpunkt der postkommunistischen Transformation des Landes, die sie im Westen verankert. Die Gegner der Radarbasis lehnen ihrerseits jede enge (oder überflüssige) Anlehnung der tschechischen Außenpolitik an die eine oder andere Supermacht ab. Aus historischen Gründen trauen die Befürworter keinen Sicherheitsgarantien, die aus Europa kommen, und weisen auf die Nichtexistenz einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik hin, während die Gegner glauben, dass die Mitgliedschaft in der NATO und indirekt die in der EU ausreicht, um die Sicherheit des Landes zu garantieren.

Russland

Die russische Reaktion auf die amerikanischen Pläne muss bis zu einem gewissen Grad im Kontext der «neuen» russischen Außenpolitik gesehen werden. Zwar stimmt es, dass die russischen Besorgnisse über die Auswirkungen der geplanten dritten Säule – das heißt, 10 Raketen in Polen und eine Radarbasis in der Tschechischen Republik – auf die russische Atommacht keine Grundlage haben, aber im Hinblick auf die *zukünftige* Gestalt des amerikanischen Systems, das sich erheblich vergrößern und verbessern könnte, trifft das nicht zu. Solche Besorgnisse sind noch verständlicher bei China, das nach eigenen Angaben gegenwärtig über weniger als 30 Interkontinentalraketen verfügt.

Die Art und Weise, in der die USA mit Russland über die Raketenabwehr kommunizieren und verhandeln (und in der Konsequenz davon auch mit der größeren internationalen Gemeinschaft), ist sogar noch wichtiger, denn man muss bedenken, dass sie entweder Vorwände für Russland schaffen oder diese im Gegenteil beseitigen, sich aus verschiedenen wichtigen Verträgen zurückziehen, sie nicht mehr zu erneuern oder unzureichende Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, wie beim Washingtoner Vertrag über Mittelstreckenraketen (INF) von 1987 oder dem Vertrag zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen von 1991 (START). Die internationale Aufmerksamkeit, die Amerikas Pläne auf dem Feld der Raketenverteidigung begleitet, wird sich in den Gesprächen auf der Evaluationskonferenz zum Non-Proliferation Treaty (NPT) im Jahr 2010 widerspiegeln.

Die NATO und die Notwendigkeit einer breiter angelegten Politik

Während die meisten tschechischen Medien die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Bukarest als «grünes Licht für die Radarstation» interpretierten, verhält es sich in Wahrheit so, dass die beiden wichtigen Absätze des Bukarester Kommuniqués zur Raketenverteidigung ziemlich vage gehalten sind und in widersprüchlicher Weise ausgelegt und verstanden werden können. Die Tatsache, dass sich die Bündnispartner in der Frage der dritten Säule nicht vollständig einig waren und weiterhin nicht sind, erwies sich bei der Schwierigkeit, wie der Ausdruck «wesentlicher Beitrag» zu verstehen sei (in Bezug auf die Vorteile, die die geplante dritte Säule für die Verteidigungskraft des Bündnisses brächte). Der Text des Kommuniqués verschob die politische Entscheidung über das Ausmaß, in dem die dritte Säule der amerika-

nischen Raketenabwehr in die NATO-Strukturen einbezogen werden soll, auf den Gipfel im April 2009 oder (höchstwahrscheinlich) sogar darüber hinaus.

Die Beschlüsse des Bukarester NATO-Gipfels erkennen die Existenz einer Bedrohung durch die Weitergabe ballistischer Waffen an. Sie unterstreichen aber auch, dass die Raketenabwehr nur Teil einer «breiter angelegten Antwort» auf diese Bedrohung ist. Selbstverständlich stellt die Weitergabe ballistischer Waffen in sich selbst eine reale Gefahr dar, die zur Weitergabe von Atomwaffen hinzukäme. In diesem Zusammenhang müssen wir uns die Frage stellen, wie das Verhältnis von Raketenabwehr und der Verhinderung der Weitergabe atomarer Waffen aussieht. Wir müssen uns auch fragen, ob wir wirklich alles Menschenmögliche getan haben, um sicherzustellen, dass internationale Nichtauslieferungsverträge effektiv sind und die Abrüstung zügig vorangeht, oder ob effektive diplomatische und andere Kommunikationswege zu jenen Ländern geebnet wurden, die als problematisch gelten. Wir müssen das gesamte Für und Wider der amerikanischen Pläne abwägen, insbesondere die Gefahr der Militarisierung des Weltraums, die in der ursprünglichen Strategie der Republikanischen Partei in den USA als «Brilliant Pebbles» fungiert. Zu guter Letzt müssen wir uns fragen, ob es wirklich erforderlich ist, Milliarden von Dollars in ein System zu investieren, das Bedrohungen verhindern soll, die sich in der modernen Welt höchstwahrscheinlich in der Form begrenzter gewaltsamer Aktionen unter Einsatz primitiver (aber leider tödlicher) Technologie darstellen und nicht in der Form von Angriffen mit Interkontinentalraketen.

Raketenabwehr geht nicht an die Wurzeln internationaler Spannungen und nicht an die Wurzeln des Terrorismus überhaupt. Die hauptsächlichen Ursachen sind: ungleicher Zugang zu den natürlichen Ressourcen und ihre ungerechte Verteilung, die Abhängigkeit wirtschaftlichen Wachstums von nicht erneuerbaren Energien, große wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, unfaire Handelspolitik, Verletzungen der Menschenrechte, das Gefühl der Bewohner bestimmter Länder, missbraucht, misshandelt oder vom Rest der Welt vergessen worden zu sein, ethnische, religiöse und kulturelle Intoleranz, fehlende Bildung, fehlende Freiheit und viele andere Gründe, bis hin zu den psychischen Ursachen, die Menschen dahin treiben, Verzweiflungsakte zu begehen.

USA

Die neue US-Regierung unter Barack Obama wird die amerikanische Außenpolitik, soweit sie die Raketenabwehr betrifft, nicht revidieren (um so weniger, als der Verteidigungsminister wenigstens für eine kurze Zeit weiter Robert Gates heißen wird, der ein Befürworter des Projekts ist). Zur Zeit sieht es jedoch so aus, als werde die neue amerikanische Regierung an die Lösung internationaler Probleme differenzierter und weniger reaktionär herangehen als ihre Vorgängerin. Der neue Präsident steht der Raketenabwehr distanzierter gegenüber, insbesondere in Hinsicht auf ihre Wirksamkeit, die erst noch nachgewiesen werden muss. Weil der US-Kongress Ende letzten Jahres die Finanzmittel, die dem Aufbau der dritten Säule zgedacht waren, erheblich beschnitten hat, kann man auch damit rechnen, dass die Entwicklung und abschließende Platzierung des ganzen Systems sich um mehrere Jahre verzögert.

Die US-Regierung sollte sich vor allem darauf konzentrieren, die wahren Wurzeln internationaler Spannungen anzugehen und die multilaterale Dimension ihres

Verhältnisses zu internationalen Regimes, Verträgen, Gesetzen und Prinzipien zu stärken. Man muss die Raketenabwehr nicht a priori ablehnen, aber sie sollte noch einmal eine Forschungs- und Entwicklungsphase durchlaufen, und man sollte die Zeit bis zu ihrer endgültigen Beurteilung für intensivere Bemühungen auf dem Feld der internationalen Diplomatie nutzen und sich sowohl mit der Zukunft der Raketenabwehr als auch mit ihrer Relevanz im Hinblick auf aktuelle Sicherheitsbedrohungen befassen. Ganz wichtig ist auch, dass die Europäische Union endlich anfängt, sich selbst mit dieser Sache zu befassen, und ein Signal aussendet, dass sie eine eigene, von allen ihren Mitgliedern getragene Außenpolitik hat.

Ondřej Liška ist Minister für Bildung, Jugend und Sport der Tschechischen Republik und Erster Vorsitzender der Tschechischen Grünen Partei.

Die Ukraine und die NATO

Die Ukraine hat eine klare geopolitische Entscheidung für die volle Mitgliedschaft in der EU und im gemeinsamen europäischen Sicherheitssystem getroffen. Auch das transatlantische Bündnis hat seine Wahl getroffen, wenigstens formell, indem auf dem Bukarester NATO-Gipfel erklärt wurde, dass die Ukraine eines Tages zur NATO gehören wird. Beide Seiten wissen jedoch, dass es durchaus noch dauern kann, bis diese Vision Wirklichkeit wird, weil der Grad der Zustimmung zu diesem Ziel zwischen den einzelnen NATO-Mitgliedsstaaten sehr schwankt.

Für die Ukraine bedeuten die Mitgliedschaften in EU und NATO mehr als nur einen Schritt in Richtung weiterer demokratischer Reformen, eines gemeinsamen Marktes und kollektiver Sicherheit – sie sind eine Entscheidung für bestimmte Werte und eine bestimmte Identität. Das Ziel der Ukraine ist nicht der bloße Schutz gegenüber Russland. Die Erfolge der Ukraine bei der Schaffung einer demokratischen Zivilgesellschaft zeigen bereits, dass sie nicht zu jenen postsowjetischen Staaten gehört, die Probleme mit den grundlegenden demokratischen Normen haben und von denen man sagt, dass sie zur sogenannten «legitimen Einflussphäre der russischen Interessen» gehören.

Doch wie oft Offizielle auch beteuern, dass man Russland nie erlauben wird, die Entscheidungen der NATO zur Mitgliedschaft der Ukraine zu beeinflussen, sehen die Fakten doch anders aus. Derzeit gibt es keine gemeinsame Politik der NATO und der EU gegenüber Russland. Folgerichtig nutzt Russland die Differenzen innerhalb der EU und der NATO aus und spielt deren Mitglieder praktisch gegeneinander aus.

Die entschiedensten Gegner der ukrainischen NATO-Mitgliedschaft – Deutschland, Frankreich und Russland – haben in letzter Zeit die Ukraine immer wieder dazu zu überreden versucht, sich statt dessen auf die EU-Mitgliedschaft zu konzentrieren. Diese Bekundungen einer echten Unterstützung für die ukrainische Mitgliedschaft in der EU werden durch die typische inoffizielle Rhetorik russischer Funktionsträger Lügen gestraft: «Wir haben nichts gegen eure Ambitionen auf die EU-Mitgliedschaft, weil wir wissen, dass die nie erfüllt werden. Man will euch dort nicht haben. Dagegen hat die angestrebte Mitgliedschaft in der NATO handfestere Aussichten auf Erfolg, und deshalb werden wir alles tun, damit sie nicht wirklich wird.» Russland unterstützt also den Wunsch der Ukraine nach EU-Mitgliedschaft offiziell, weil es diese Ambitionen nicht ernst nimmt. Moskau kämpft um die Vormacht und die totale Kontrolle über die Ukraine. Deshalb wird Russlands Unterstützung einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft sich in Luft auflösen, sobald diese wirklich werden könnte.

Für die Ukraine gehen die Mitgliedschaft in EU und NATO Hand in Hand mit den weitgehenden politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Reformen im eigenen Land. Dennoch ist deutlich, dass der Weg, den andere postkommunistische Staaten in die NATO beschritten haben, der Ukraine nicht offen steht. Faktisch

wurden die Nachbarstaaten der Ukraine beinahe unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kommunismus ermutigt, die Mitgliedschaft in beiden Bündnissen anzustreben. Bei der Ukraine war das nicht der Fall.

Tatsächlich hat die NATO ihre Kriterien für die Mitgliedschaft in den letzten Jahren geändert. Der Membership Action Plan (MAP) der NATO, der früher eine rein technokratische Liste von Reformen war, ist neu verfasst, so dass die Bedingungen für den Beitritt heute anspruchsvoller sind. Eine politische Entscheidung über die ukrainische Mitgliedschaft in der NATO lässt sich so als rein technische Frage darstellen, denn es ist viel leichter, die ukrainischen Wünsche zurückzuweisen, weil angeblich die Kriterien des Membership Action Plan nicht erfüllt werden. Das hat die Mehrzahl der prowestlichen Teile der ukrainischen Gesellschaft verbittert. Im Gegensatz dazu sehen sich diejenigen Ukrainer, die in die postsowjetische Abhängigkeit von Russland zurück wollen, als Sieger.

Die ukrainischen Funktionsträger und die politischen Führer schätzen die Unterstützung ihrer Verbündeten für die Ziele des Landes sehr. Aber diese Ziele müssen mit Klugheit und Weisheit verfolgt werden. Das war in der Vergangenheit nicht immer der Fall. Die Entscheidung der Regierung Bush, die NATO-Ambitionen der Ukraine nachdrücklich zu unterstützen, hat zum Beispiel mehr Kontroversen geschaffen, als nötig gewesen wäre. Eine in Europa verbreitete antiamerikanische Stimmung und die unterschiedlichen Beziehungen der europäischen Länder zu Russland haben die Ukraine zur Geisel der europäisch-russisch-amerikanischen Beziehungen gemacht. Deshalb ist es so wichtig, dass die neue amerikanische Regierung unter Barack Obama die Politik der Unterstützung für die ukrainischen Beitrittsbemühungen zur NATO fortsetzt, dies aber in einer engeren Zusammenarbeit mit ihren wichtigsten europäischen Partnern tut. Dies könnte in den westeuropäischen Hauptstädten zu einer größeren Unterstützung für die künftige Mitgliedschaft der Ukraine führen.

Die Meinungen über die NATO sind in der Ukraine mindestens ebenso geteilt wie die Ansichten der NATO-Mitglieder über die mögliche Mitgliedschaft der Ukraine. Die öffentliche Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft ist in der Ukraine stetig gewachsen. Von 18 bis 20 Prozent Zustimmung im Jahr 2005 ist sie heute auf etwa 28 bis 30 Prozent gestiegen. Die Erfahrungen unserer Nachbarn zeigen, dass eine gezielte landesweite Informationskampagne diesen Trend noch stärken könnte. Leider manipulieren die ukrainischen Eliten die Frage der NATO-Mitgliedschaft immer wieder und funktionalisieren sie für kleinkarierte innenpolitische Kämpfe. Der Georgienkrieg vom August 2008 hat ebenfalls zur wachsenden Politisierung der Frage und zu einer Polarisierung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft beigetragen.

Europa kann auf diese Debatten Einfluss nehmen. Doch anders als in den Vereinigten Staaten oder Russland haben die europäischen Länder zu dieser Frage bisher öffentlich keine klare Position bezogen. Es ist Zeit, dass sich das ändert.

Oleh Rybachuk war Chef des Stabes des Präsidenten der Ukraine; zurzeit ist er Vorsitzender der Suspilnist Foundation.

BODO WEBER

Von der Eindämmung zur Staatenbildung: Die NATO auf dem Balkan

Die NATO hat seit dem Beginn der Ära nach 1989 grundlegende Veränderungen durchlaufen. Sie hängen wesentlich mit den Balkankriegen der 1990er Jahre zusammen. Auch wenn der 11. September 2001 die Balkanregion aus dem Blickpunkt der internationalen Politik verdrängt hat, wird die NATO noch immer von den Ergebnissen des vorhergehenden Jahrzehnts eingeholt. Zeit für die Allianz, gemeinsam das zwiespältige Erbe im Balkan aufzuarbeiten, um so ihre Rolle in künftigen Krisen besser bestimmen zu können.

Der Ausbruch der Balkankriege markierte den Beginn einer neuen Ära: Europa sah sich mit neuen Formen ethnischer und religiöser Konflikte sowie mit neuen Formen des Krieges und massenhafter Gewalt konfrontiert. Die NATO sah sich gezwungen, von der alten Doktrin des Verteidigungskrieges Abschied zu nehmen und auf einen globalen und interventionistischen Kurs in Fragen der Sicherheit zuzusteuern. Das war ein schmerzlicher Anpassungsprozess und warf Probleme auf, die bei militärischen Führern, dem politischen Establishment und der breiten Öffentlichkeit Widerstand hervorriefen.

Wirkungsvolle Intervention

Das Engagement der NATO auf dem Balkan begann mit kontroversen und ineffektiven Maßnahmen, die sich am Ziel der Eindämmung orientierten – am Boden Überwachung der Wirtschaftssanktionen gegen Serbien-Montenegro zusammen mit der Luftüberwachung des höchst fragwürdigen Waffenembargos gegen Bosnien. Der Kosovokrieg 1999, die erste Intervention der NATO im großen Umfang, erwies sich als ähnlich widersprüchlich und mangelhaft.

Aufgrund fehlenden politischen Willens und eines unzureichenden Verständnisses der sozialen Dynamik der Region, wurde die Kosovo-Mission unfreiwillig zu einem Beispiel der «Luftkriegsdiplomatie», die sich nicht nur moralisch, sondern auch politisch und militärisch als höchst problematisch erwies. Der Krieg schaffte es nicht, die Dynamik der ethnischen Säuberung zum Stillstand zu bringen, fügte dem Ruf der NATO langfristig Schaden zu und war ein Armutszeugnis für die westlichen Regierungen beim Versuch, internationale Interventionen zur Verhinderung von Massakern zu legitimieren.

Aus den Einsätzen im Balkan kann man in der Tat sehr deutliche Lehren ziehen. Wenn man sich für eine Militäraktion entscheidet, muss man bereit sein, alle erforder-

derlichen Mittel einzusetzen. Die NATO hat sich selbst Steine in den Weg gelegt mit ihrer Entscheidung, keine Bodentruppen im Kosovo einzusetzen. Zum zweiten müssen westliche Militärs ebenso wie politische Institutionen ihre mangelhafte politische Analyse autoritärer Regimes überdenken. Die NATO braucht ein gründlicheres Verständnis moderner ethnischer und religiöser Massenideologien.

Staatenbildung

Die NATO war auch in die Folgeereignisse ihrer militärischen Interventionen auf dem Balkan verwickelt, insbesondere durch den Prozess der Staatenbildung. Der langfristige Erfolg dieser Bemühungen, an denen sich die internationale Gemeinschaft beteiligte und die in den letzten Jahren vor allem durch die Europäische Union unterstützt wurden, muss sich erst noch erweisen. Faktisch sind die letzten Jahre durch einzelne Fehlschläge geprägt.

Zwei klare Lehren lassen sich aus den Erfahrungen der NATO mit der Staatenbildung auf dem Balkan ziehen. Zuerst die Tatsache, dass Militäreinsätze bei der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eine große Rolle spielen. Die NATO-Einheiten auf dem Balkan zeigten eine deutliche Abneigung dagegen, eine politische Rolle zu spielen. Doch in gescheiterten Staaten, in denen es entweder keine funktionierende Polizei gibt oder aber diese eine aktive Rolle bei der Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols spielt, ist eine solche anfängliche Vermischung der Funktionen von militärischen und zivilen Sicherheitskräften unvermeidlich, auch wenn sie strukturell problematisch bleibt.

Zweitens ist es wichtig, dass internationale Organisationen das Zusammenwirken ziviler wie militärischer Anstrengungen bei der Staatsbildung unterstützen. Im Nachkriegsbosnien zum Beispiel hat der Mangel an Koordination zwischen zivilen und militärischen Ansätzen die internationalen Bemühungen, einen funktionierenden demokratischen Staat aufzubauen, wesentlich behindert. Eine der Hauptaufgaben besteht in der Etablierung funktionierender Befehlsketten zwischen zivilen und militärischen Einrichtungen.

Der größte Erfolg der NATO bei der Staatsbildung auf dem Balkan dürfte in ihrer Rolle bei der demokratischen Transformation der Armeen in den postjugoslawischen Staaten liegen. Die Erweiterung der NATO hat die Transformation des Militärs in dieser Region von Akteuren bei der Ausübung ethnischer Gewalt in moderne, demokratische Armeen eingeleitet. Dies ist ein andauernder und weitgehend erfolgreicher Prozess. In den letzten Jahren hat es sogar in der serbischen Armee Fortschritte gegeben.

Solche Bemühungen werden jedoch beeinträchtigt durch den mangelnden politischen Willen, den Wandel zu kontrollieren und zu unterstützen, ein Punkt, der bei der unausgegorenen Reform des kroatischen Militärs deutlich wurde. Als das Balkanland, das am nächsten vor einer Mitgliedschaft in der NATO steht, hat Kroatien eine eilige Armereform durchgeführt. Aufgrund der autoritär ausgerichteten politischen Kultur der Eliten des Landes gab es bei diesem Prozess einen Mangel an Transparenz und ein beinahe vollständiges Ausbleiben einer öffentlichen Diskussion des Reformprozesses und der Mitgliedschaft in der NATO. Man kann mit gutem Grund bezweifeln, dass Kroatiens Militär wirklich demokratischer Kontrolle unterliegt. Die NATO ist jedoch zwischen ihren geopolitischen Interessen und den Zielen

der Demokratisierung hin- und hergerissen und hat sich so gehütet, den Prozess in Frage zu stellen.

Das Verhältnis zu Russland

Das Verhältnis der NATO zu Russland hat bei der Lösung der ethnischen Probleme auf dem Balkan in den beiden letzten Jahrzehnten eine wichtige Rolle gespielt. Aus dieser Erfahrung ist eine weitere wichtige Lehre zu ziehen. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat Russland auf dem Balkan nur geringe strategische Interessen gehabt, benutzte aber den Mythos der religiösen und ethnischen Bruderschaft mit slawischen und orthodoxen Gruppen in der Region und schürte ihn, um seine Rolle als wichtiger weltweiter Akteur zu stärken. Russland war ohne Zweifel ein Hindernis bei der langfristigen Stabilisierung der Gesellschaften auf dem westlichen Balkan. Unter dieser Voraussetzung ist der Auftrag der NATO in Hinsicht auf Russland eindeutig: Russland einbeziehen, soweit es nötig ist, und es draußen halten, wo es möglich ist.

Bodo Weber promoviert in Soziologie an der Universität Hannover. Seine Doktorarbeit beschäftigt sich mit post-sozialistischem Ethnonationalismus und ethnischer Gewalt in den post-jugoslawischen Gesellschaften. Weber war Mitarbeiter des Bosnien-Büros Frankfurt.

Der Ruf nach Zusammenarbeit: Lehren aus Afghanistan

Die NATO hat – ganz im Gegensatz zu der am Ende des Kalten Krieges weit verbreiteten Erwartung, dass die Organisation langsam von der internationalen Bühne verschwinden werde – in den vergangenen zwanzig Jahren an Bedeutung gewonnen. Allerdings hat die NATO ihre Relevanz nur durch eine Neudefinition ihres Auftrags sichern können. Ihre Charta umfasst nun alles von Friedensmissionen über Probleme der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen bis zur Katastrophenhilfe. Darüber hinaus hat sie die Schaffung von Frieden und Stabilität weit über das eigene Gebiet hinaus zum ausgemachten Ziel erklärt. Der gegenwärtig größte NATO-Einsatz allerdings – die Intervention in Afghanistan – zeigt, dass die NATO ihrem Anspruch auf ein erweitertes Engagement noch nicht wirklich gerecht werden kann.

Ein neuer Schauplatz: Die NATO in Asien

Im Oktober 2003, zwei Monate nachdem die NATO die Verantwortung für den Einsatz übernommen hatte, erweiterten die UN das ISAF-Mandat von Kabul auf das gesamte Land. Zu den militärischen Aufgaben der NATO gehört es, die afghanische Regierung bei der Ausdehnung ihrer Autorität auf das Land zu unterstützen, Stabilitäts- und Sicherheitsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit den nationalen Sicherheitskräften Afghanistans durchzuführen, die afghanische Armee zu kontrollieren, illegale Gruppen zu entwaffnen und den international abgesegneten Antidrogenkampf zu unterstützen.

Doch wegen der inneren Schwäche der Karzai-Regierung und der komplexen Dynamik des fortdauernden Konflikts haben es die Vereinigten Staaten und die NATO bisher nicht geschafft, gemeinsam mit der afghanischen Regierung konkrete und brauchbare Ergebnisse zu erzielen. Eine kürzlich erschienene Studie des Center for Strategic and International Studies bringt dies Problem folgendermaßen auf den Punkt: «In Afghanistan besteht die weitverbreitete Ansicht, dass korrupte Beamte und hochbezahlte ausländische Funktionsträger dafür verantwortlich sind, dass internationale Hilfsgelder bei der Bevölkerung nicht ankommen.» Tatsächlich wächst in der afghanischen Öffentlichkeit die Verärgerung über die Rolle der internationalen Gemeinschaft, gleichzeitig nimmt die Sympathie für die Taliban und andere aufständische Gruppen zu.

Dass die NATO das ISAF-Mandat übernommen hat, ließ in Pakistan Bedenken über die Legitimität des «out of area»-Einsatzes der Organisation aufkommen. Es wird argumentiert, dass die Legitimität der NATO auf ihrem Status als gemeinsames

Verteidigungsbündnis unter dem Dach der UN-Charta beruhe und die NATO mit ihrer neuen Rolle einer kollektiven Sicherheitsorganisation damit eine Kernfunktion der Vereinten Nationen übernommen habe.

Pakistan steht mit dieser Meinung nicht allein da. Viele asiatische Staaten sind in ähnlicher Weise über die neue Rolle der NATO in der Region irritiert. Während eine Reihe asiatischer Staaten die Funktion der NATO beim Anti-Terror-Kampf und beim Wiederaufbau in Afghanistan billigt, sind sie doch durch den unverhältnismäßig großen Einfluss der Mitgliedsstaaten der NATO beunruhigt, den diese bei Fragen um regionale Probleme und der Entwicklungen der Region haben. Asien ist ein Kontinent voll schwelender und möglicher Konflikte und die NATO ist hier noch kein vertrauter Akteur. Noch ist nicht klar, in wie weit die NATO dazu geneigt ist, in der Verfolgung ihrer eigenen Interessen, in weiteren regionalen Konflikten zu intervenieren. Die Intervention in Afghanistan ist sicher kein leuchtendes Beispiel der Zusammenarbeit: Die NATO hat sich nicht ausreichend mit den Nachbarn Afghanistans abgestimmt, die dort alle legitime und traditionelle Interessen haben.

Eine gescheiterte Strategie: Die NATO in Afghanistan

Es überrascht nicht, dass es der NATO nicht gelungen ist, in sieben Jahren des ausgedehnten Engagements für Stabilität in Afghanistan zu sorgen. Eher hat sie die Lage verschärft und die Destabilisierung hat sich auf die pakistanischen Grenzregionen zu Afghanistan übertragen.

Die NATO-Truppen haben entscheidende Fehler gemacht. Zu den beträchtlichsten gehören die Folgenden: Sie haben die Auswirkungen von zivilen Opfern verkannt, obwohl sie nach eigenen Aussagen die Herzen der Afghanen für sich gewinnen wollten; sie haben den versprochenen wirtschaftlichen Fortschritt nicht gebracht und statt dessen einen sinkenden Lebensstandard verwaltet; sie haben eine Regierung eingesetzt, die die Paschtunen, die größte ethnische Gruppe des Landes, diskriminierte; sie haben zugunsten vorübergehender taktischer Vorteile die Drogenproblematik vernachlässigt; und sie haben versucht, einer traditionell verfassten Gesellschaft westliche demokratische Werte aufzuzwingen.

Das glanz- und glücklose Vorgehen der NATO in Afghanistan und die mangelnde Bereitschaft ihrer Mitglieder, die Truppenkontingente zu erhöhen, hat zur Stärkung des von den Taliban geführten Aufstands geführt. Seit 2007 kam es in Afghanistan zu einem bemerkenswerten Anstieg der Gewalt. Die NATO und die amerikanischen Kommandeure haben diesen Anstieg auf Pakistans Unvermögen zurückgeführt, die Infiltration der Taliban an den Grenzen zu stoppen. Pakistan hat jedoch alles in seiner Macht stehende getan. Davon zeugt der Einsatz von Truppen mit mehr als 100.000 Soldaten an den möglichen Übertrittsstellen, die Einrichtung von 400 Grenzposten und die Einführung biometrischer Identifikation.

Tatsächlich beschuldigt Pakistan die NATO, ihrerseits die andere Grenze unzureichend zu überwachen. Es gibt keine sichtbare Präsenz von Truppen der NATO, der USA oder von Afghanistan, die die Grenzübergänge der Aufständischen kontrollieren würden. Pakistan steht auch den naiven Bemühungen der NATO kritisch gegenüber, den afghanischen Mohnanbau auszurotten. Derzeit belaufen sich die Einkünfte aus dem Drogenanbau und -handel auf fast 3 Milliarden US-Dollar jährlich. Dieser Betrag macht die Hälfte des gegenwärtigen afghanischen Bruttosozialprodukts aus.

Die NATO hat nichts getan, um die Verbindung von Drogengeld und afghanischem Terrorismus einzudämmen.

Darüber hinaus leben weiterhin drei Millionen afghanische Flüchtlinge in Pakistan. Diese Flüchtlingslager sind für afghanische Taliban sichere Schlupfwinkel und führen zudem in den pakistanischen Grenzregionen durch die Unterstützung ortsansässiger Extremisten zu Instabilität. Solange die Flüchtlinge nicht wieder zu Hause sind, gibt es für das Problem der Grenzübertreite keine wirkliche Lösung. Mit dem Flüchtlingsproblem verbunden ist die Frage des Waffenschmuggels von Afghanistan nach Pakistan – eine weitere Quelle der andauernden Instabilität in den pakistanischen Grenzregionen.

Zusammenarbeit mit Pakistan

Die NATO und Pakistan haben seit Oktober 2005, im Gefolge eines verheerenden Erdbebens, ihre Zusammenarbeit stetig erweitert. Damals hatte die NATO auf ein Hilfssuchen Pakistans reagiert und die UN eine breit angelegte humanitäre Operation gestartet. Das technische und medizinische Unterstützungskontingent der NATO blieb 90 Tage in Pakistan. Diese Hilfe trug dazu bei, einige der unter Pakistanis tief verwurzelten Vorbehalte gegen die NATO abzubauen, und ebnete den Weg für eine substantielle Zusammenarbeit von NATO und Pakistan.

Seitdem findet ein regelmäßiger Austausch auf höchster Ebene statt, der zum Beginn eines politischen Dialogs für das gegenseitige bessere Verständnis und auch zu einer besseren militärischen Zusammenarbeit beigetragen hat. Zwischen der NATO und Pakistan bestehen noch immer einige offensichtliche Spannungsfelder – zum einen steht die NATO den Friedensverhandlungen Pakistans mit seinen einheimischen Taliban skeptisch gegenüber, zum anderen kommt es zwischen pakistanischen und NATO-Truppen gelegentlich noch immer zu Gefechten und Geschützfeuern über die Grenzen hinweg. NATO-General Raymond Henault hatte jedoch recht, als er im November 2006 sagte: «Pakistan ist für die Sicherheit der NATO wichtig, aber die NATO auch für die Sicherheit Pakistans.» Beide Seiten teilen die Überzeugung, dass Afghanistan nur durch Zusammenarbeit stabilisiert werden kann, durch eine Kombination politischer, wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen.

Die NATO muss lernen, dass sie keine andere Wahl hat, als mit den anderen multinationalen Organisationen ebenso wie mit den großen und den regionalen Mächten zusammenzuarbeiten, wenn sie sich Respekt und Legitimität verschaffen will – schließlich repräsentieren ihre Mitgliedsstaaten nur einen kleinen Teil der Welt und sind zu einem Großteil christlich und europäisch geprägt. Man kann nur hoffen, dass das Bündnis seine Lektionen schnell genug lernt, um die Intervention in Afghanistan doch noch zu einem Erfolg zu machen.

Fazal-ur-Rahman ist Direktor des Ostasienprogramms am Institute of Strategic Studies in Islamabad, Pakistan.

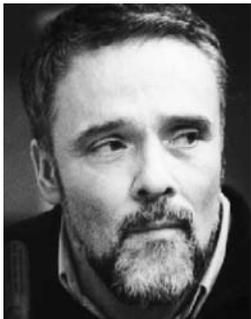
■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG FREUNDINNEN + FREUNDE

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Sie fühlen sich der politischen und moralischen Haltung Heinrich Bölls verbunden. Menschenrechte, Kunst und Kultur liegen den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung am Herzen. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie unbürokratisch und schnell Menschenrechtsaktivisten, Künstler und Kunstprojekte.

Angebote an die Freundinnen und Freunde:

- exklusive Informationen über die Stiftungsarbeit
- spezielles Veranstaltungsangebot
- politische Begegnungsreisen zu den Auslandsbüros
- Vernetzung im grünen Umfeld
- persönliche Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung oder dem Sommerfest des Heinrich-Böll-Hauses in Langenbroich
- Verlinkung unserer Homepage mit ihrer Website

Wir laden Sie ein, Mitglied zu werden und damit Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbstständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.



«Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Stück autonomer und engagierter politischer Kultur in Deutschland – sie verdient Ihre Unterstützung.»

György Dalos, ungarischer Autor in Berlin

Machen Sie mit!

Ansprechpartnerin:

Dr. Janina Bach

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

T 030 28534-112 **F** -119 **E** bach@boell.de

Informieren Sie sich über unser Programm unter: www.boell.de/freundeskreis



Als im Jahre 1949 die USA, Kanada und zehn europäische Staaten die NATO gründeten, da taten sie dies vor allem, um sich gegenseitige Solidarität im Falle einer sowjetischen Aggression zuzusichern. Heute hat das Verteidigungsbündnis 26 Mitgliedsstaaten und neue Aufgaben, sie hat einen Krieg auf dem Balkan geführt und in Afghanistan interveniert. Doch weitere Herausforderungen und Prüfungen warten auf die Allianz: die Frage neuer Mitglieder, Spannungen mit Russland, die Gefahren atomaren Wetttrüstens, der internationale Terrorismus und die Folgen des Klimawandels. Es gehört zur Crux der westlichen Ge-

meinschaft, dass die Bewältigung dieser Probleme ein Bündnis wie die NATO braucht und doch weitgehend mit militärischen Mitteln nicht geleistet werden kann. In der Zukunft werden multilaterale politische Kooperation, die Einbeziehung aufsteigender Mächte in die globale Verantwortung und die Vermeidung von Krisen im Vordergrund stehen. Welchen Beitrag kann hier die NATO aber leisten? Welche strategische Ausrichtung hat sie im 21. Jahrhundert? Die Publikation aus Anlass des Jubiläumsgipfels zum 60. Gründungstag der nordatlantischen Allianz will versuchen, erste Antworten auf die Fragen zu geben.

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Die grüne politische Stiftung

Tel. 030 2853 40, Fax 030 2853 4109

info@boell.de www.boell.de

ISBN 978-3-86928-001-1